

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

B/KLX/18

Bonn, den 27. Januar 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	<u>Der Weg de Gaulles</u> Motive und Perspektiven Von G. Markscheffel	103
2 - 3	<u>Weder Leistung noch Erfolge</u> Negative Bilanz des Bundesgesundheitsministeriums Von Dr. med. Horst Schmidt - Offenbach, MdB	61
4	<u>Wo steht Schröder ?</u> Gerüchte um den Außenminister	43
5 - 6	<u>Innerdeutsche Familienzusammenführung</u> Aufschlußreiche Zahlenangaben Von Edmund Schreiber	84

Chefredakteur Günter Markscheffel

27. Januar 1964

Der Weg de Gaulles

Motive und Perspektiven

Von G. Markscheffel

Jeder Versuch, die Motive des französischen Staatspräsidenten für dessen Bemühungen um gute Beziehungen zwischen Paris und Peking zu analysieren, sollte - von der Bundesrepublik aus gesehen - zunächst mit der Frage beginnen, ob de Gaulles Schritt der deutsch-französischen Freundschaft nützt oder schadet. Die Antwort ist: De Gaulle hat diese Freundschaft trotz seiner unbestreitbaren Verdienste um ihr Zustandekommen nicht gefestigt. Abgesehen davon, daß eine Freundschaft gegenseitige Beratungen in schwierigen Situationen verlangt, setzt sie auch eine Handlungsweise voraus, die den Freund anderen Freunden gegenüber nicht in Verlegenheit bringt. B e i d e Voraussetzungen waren von de Gaulle nicht erfüllt, als er sich auf den Weg nach Peking machte.

Warum tat er t r o t z d e m diesen Schritt, warum brachte er seine deutschen Freunde in Verlegenheit, und was mag ihn veranlaßt haben, Fakten zu schaffen, die das Verhältnis zwischen dem freien Teil Europas und der USA trüben?

Der ersten Frage kann mit der Überlegung begegnet werden, ob die Politik des französischen Staatspräsidenten nicht schon seit langem darauf abzielt, die Bundesrepublik früher oder später zu einer Wahl zwischen Paris und Washington zu veranlassen. Ansätze hierfür gab es schon im Augenblick der Ratifizierung des Elysée-Vertrages, als der damalige Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer dringend davon abriet, den Vertrag eine Präambel voranzusetzen, die deutlich macht, in welchem Geiste die Bundesrepublik die deutsch-französische Freundschaft sieht: Im Geiste der Festigung der Freundschaft, auch zu unseren anderen Bündnispartnern in der freien Welt und mit der Zielsetzung einer atlantischen Partnerschaft im engsten Sinne des Wortes. Der Bundestag stimmte gegen den ursprünglichen Rat Adenauers einmütig der Präambel zu; in der französischen Nationalversammlung kam es nicht einmal zu einer Diskussion über eine Zweckerklärung des Vertragswerks, weil de Gaulle es nicht wünschte.

* * *

Der französische Staatspräsident hat jetzt einmal mehr deutlich gemacht, daß er den Vertrag zwischen Paris und Bonn zuvörderst als Instrument einer bilateralen europäischen Politik betrachtet, der das Europa der anderen EWG-Mitglieder "angegliedert" werden kann. Da General de Gaulle natürlich auch in militärischen Kategorien denkt, ergibt sich für ihn aus Frankreich und der Bundesrepublik eine Einheit oder ein Kern, der durchaus auch Fundament einer p o l i t i s c h e n Union des westlichen Kontinental-Europa werden könnte. Auch in diesem Fall appelliert de Gaulle an Bonn, es möge sich sehr bald entscheiden, und die von ihm als Realität eingeschätzte Politik zur offiziellen aussenpolitischen Linie der Bundesrepublik erklären. So ist auch - das sei am Rande erwähnt - der jüngste Angriff Dr. Adenauers in der Bundestagsfraktion der CDU auf den Außenminister Schröder zu erklären.

In weiterer Sicht bedeutet de Gaulles Schritt nach Peking aber noch mehr. Der französische Staatspräsident will durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu China die seit Ende des zweiten Weltkrieges beinahe als Selbstverständlichkeit hingegenommene Frontstellung zwischen Washington und Moskau auflösen.

Demit hatte de Gaulle bereits begonnen, als er sich weigerte, die französische Armee in das militärische Dispositiv der NATO einzubauen. Solange der Algerienkrieg andauerte, konnte er immer noch sagen, er brauche die volle Verfügungsgewalt über seine Armee. Nach Beendigung des Algerienkrieges, als alle Welt glaubte, jetzt werde sich de Gaulle in die NATO einfügen, begann er erst recht seinen eigenen Willen zu demonstrieren.

Auch die Aktivität Frankreichs in den lateinamerikanischen Staaten, die demnächst durch einen Besuch de Gaulles gekrönt wird, deutet darauf hin, daß der französische Staatspräsident Washington und Moskau durch neue Allianzen oder neue politische Weltkonstruktionen aus ihren bisher beherrschenden Positionen verdrängen will.

Natürlich ist de Gaulle realistisch genug, um zu wissen, daß er eine solche Politik, die auf Frankreich allein basiert, nicht durchhalten könnte. Deshalb geht er nach Peking, und deshalb öffnet er den Chinesen die Tür nach Afrika und auf dem Umweg über Paris auch nach Lateinamerika und fördert mit allen Mitteln das Zustandekommen einer Nordafrikanischen Föderation. Diese Konstruktion soll gewissermaßen ein Brückenkopf für das EWG-Europa sein, eine Verbindung von ökonomischer, politischer und auch militärischer Potenz, mit deren Hilfe Frankreich in der Lage wäre, Moskau und Washington zur Aufgabe der um beide Großmächte gruppierten Politik zu veranlassen.

Wir können in der Bundesrepublik die Augen vor diesen Absichten de Gaulles verschliessen und noch zwarzimal die Binsenwahrheit verkünden: Europa könne ohne die Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich nicht Bestand haben. De Gaulle wird dasselbe sagen. Nur meint er etwas anderes als wir. De Gaulle versteht darunter eine deutsch-französische Freundschaft als Ausgangspunkt für eine gemeinsame Politik mit s e i n e n Zielsetzungen. W i r dagegen verstehen darunter eine europäische Politik, die in die Politik der atlantischen Partnerschaft einmündet.

Es gibt in der Bundesrepublik nicht wenige Politiker, die glauben, man könne b e i d e s zugleich haben; die Freundschaft mit dem Frankreich de Gaulles u n d die atlantische Partnerschaft. Das ist eine Illusion, denn nichts deutet an, daß de Gaulle die atlantische Partnerschaft will. Alle von ihm in den letzten Jahren geschaffenen Fakten sprechen dagegen. - Andere deutsche Politiker meinen, man könne de Gaulle zu einer Änderung seiner Haltung überreden und müsse deswegen den Elysée-Vertrag noch ernster nehmen als bisher. Dieselben Politiker sagen auch, unsere Freunde in Amerika erwarteten das von uns.

Auch das ist eine Illusion. Was den ungemein kräftigeren Amerikanern nicht geglückt ist, wird der kleinen Bundesrepublik nicht gelingen, es sei denn, ein möglicher Nachfolger de Gaulles würde in absehbarer Zeit eine neue französische Politik einleiten.

* * *

Das ist die bisherige Bilanz der Politik de Gaulles, die von Adenauer so sehr bewundert wird. Die Politik des großen Freundes Adenauer hat zwar zur Beendigung des Algerienkrieges geführt und den Elysée-Vertrag ermöglicht. Sie hat uns aber auch eine tiefgehende Erschütterung der westlichen Gemeinschaft gebracht und Perspektiven für "Europa" eröffnet, die jenseits aller bisher gültigen Normen des gemeinsamen Wollens der freien Welt liegen.

* * *

Weder Leistung noch Erfolge

Negative Bilanz des Bundesgesundheitsministeriums

Von Dr. med. Horst Schmidt - Offenbach, MdB

Das letzte Kapitel der Broschüre der Bundesregierung "Leistung und Erfolg 1963" befaßt sich mit der Tätigkeit des Gesundheitsministeriums. Hier soll dessen Aktivität an Hand von aufgezählten gesetzlichen Maßnahmen und statistischen Zahlen unter Beweis gestellt werden. Der oberflächliche Betrachter ist zunächst beeindruckt; bei näherer Betrachtung ergibt sich aber ein erschütterndes Bild von der Inaktivität dieses Ministeriums.

So ist allein die Hälfte des achtpaltigen Berichts ausgefüllt mit Erläuterungen von Kompetenzen und mit bereits weit zurückliegenden Maßnahmen, die gar nicht in einen Tätigkeitsbericht für das Jahr 1963 gehören. Aber auch in den für 1963 gültigen Aussagen finden sich eine ganze Reihe von nicht zutreffenden Feststellungen, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen.

Mangelnde Initiativen

Die selbstgefällige Feststellung, daß 1963 den parlamentarischen Gremien insgesamt vier Gesetzentwürfe vorgelegt worden seien, enthüllt in erschreckender Weise, daß die Hoffnungen auf echte gesundheitspolitische Initiativen dieses neugeschaffenen Ministeriums auch in diesem Jahr nicht erfüllt worden sind. Von den genannten vier Gesetzentwürfen wurde die Änderung des Bundesseuchengesetzes schon früher behandelt; der Entwurf über die Heilmittelwerbung liegt bis heute noch beim Bundesrat. So bleiben noch die Novelle zum Arzneimittelgesetz, bei der die erste Initiative von der SPD ausging, und das Wissensicherstellungsgesetz, das nur teilweise gesundheitspolitische Zielsetzungen zeigt. Die gesetzlichen Initiativen des Ministeriums sind also mehr als dürftig.

Verdienste der Länder

Bei näherer Betrachtung zeigt sich ausserdem, daß einzelne angeführte "Erfolge" dem Ministerium nicht in dem dargestellten Maße zuzukommen. So sind die Erfolge in der Seuchenbekämpfung, insbesondere bei der Bekämpfung der Poliomyelitis, nicht der Bundesregierung, sondern den Ländern zuzuschreiben, die durch ihre schnelle Reaktion und die daraus abgeleiteten Gesetzesmaßnahmen erst die Voraussetzungen für die rasche und umfassende Abwicklung der Schluckimpfungen schufen, während des

Gesundheitsministerium erst viel später reagierte.

Auch der Hinweis auf die besondere Förderung des Krankenhauswesens durch den Bund entpuppt sich als starke Übertreibung, denn mit den 25 Millionen DM, die der Bund jährlich den freien und gemeinnützigen Krankenhäusern zur Verfügung stellt, kann man bestenfalls ein einziges Krankenhaus mit 400 Betten bauen, aber nicht die ungünstige Situation unseres Krankenhauswesens entscheidend verbessern helfen. Länder und Kommunen können hier auf bedeutend erfolgreichere Leistungen zurückblicken.

Schließlich gibt auch der angeführte Rückgang der Säuglingssterblichkeit dem Leser kein objektives Bild, denn beim internationalen Vergleich hat sich nichts geändert: die Bundesrepublik rangiert leider immer noch auf den hinteren Plätzen der Statistik. In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß die derzeitigen Regierungsparteien bisher die von der SPD beantragte Verbesserung des Kinderschutzes verhindert haben, obwohl der Entwurf bereits seit Juni 1962 vorliegt.

Schöne Worte ohne Taten

In der modernen Gesundheitspolitik reicht es einfach nicht aus, in schönen Redensarten und mit fernsehgerechten Lächeln die Probleme aufzuzeigen, ohne die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen. Es geht deshalb auch nicht an, daß in dem vorliegenden Bericht nur von "sich bemühen", "seit langem erkennen", "besondere Aufmerksamkeit widmen" und ähnlichen vagen Bekundungen gesprochen wird ohne daß auch Taten folgen.

Alle für die Gesunderhaltung unserer Bevölkerung so wesentlichen Aufgaben der gesundheitlichen Vorsorge und der Beseitigung der Umweltschäden, die von Lärm, verunreinigter Luft und verschmutztem Wasser ausgehen müssen energisch und zielstrebig angepackt werden. Sie sind Gemeinschaftsaufgaben, bei deren Bewältigung die Regierung der vollen Unterstützung der Sozialdemokraten gewiß sein darf.

Wo steht Schröder ?

Gerüchte um den Aussenminister

Wer - Wackelt der Stuhl des Aussenministers Schröder? Der Mann, der anlässlich seiner Ernennung zum Aussenminister der Regierung Erhard mit vieler Verschlusslortbeeren bedacht wurde und während der ersten Monate seiner Tätigkeit Freunde und Gegner durch den Anschein einer gewissen Wandlungsfähigkeit und eines Anpassungsvermögens überraschte, hat nun mit starkem und wachsendem Widerstand in den Reihen seiner eigenen Partei zu rechnen. Viele mögen ihn nicht, sie betrachten ihn als unbequem und mit vielen Fragezeichen versehenen Aussenseiter.

Das gilt zunächst seiner Person. Seine innerparteilichen Gegner werden ihm Herzenskälte und Unnahbarkeit vor. Er lasse seine unzweifelhaft vorhandene intellektuelle Überlegenheit allzu stark andere spüren.

Die Freundschaften gegen Schröder lassen sich wohl kaum zahlenmässig abschätzen. Sowichtige Namen, wie der des CDU-Vorsitzenden Adenauer, des Freiherrn von Guttenberg, des Franz Josef Strauß und des Vizepräsidenten des Bundestages, Dr. Jäger, tauchen hier auf, geben der Feinde um den Aussenminister eine fast lebensgefährliche Bedeutung. Einst gehörte Gerhard Schröder zu den Musterknaben des ersten Bundeskanzlers der Bundesrepublik, als Innenminister zählte er zu den unbedingten Ja-sagern um Adenauer, ihn an Schärfe in der Auseinandersetzung mit der parlamentarischen Opposition übertreffend. Diese Zeiten sind vorbei, der greise Altkanzler benutzt jede passende Gelegenheit, Gerhard Schröder eins auszuwischen - versteckt in Interviews, offen in der Bundestagsfraktion - aber nicht im Parlament, das eigentlich der Boden zum gegenseitigen Klinglekreuzen sein müsste.

Wann wird diese untergründige, von Mißtrauen und Argwohn genährte Stimmung in offene Feindschaft umschlagen? Schröder schwebt gewissermaßen in der Luft, und mag er auch da große artistische Fähigkeiten beweisen, auf die Dauer ist dies keinem bekömmlich.

Der tiefere Grund der Stimmungsmache gegen Schröder innerhalb der eigenen Partei ist freilich nicht allein in seiner Person und in seinem Charakter zu finden; die vorläufig noch größte Regierungspartei hat ihren einst so sicheren aussenpolitischen Standort verloren, sie wird hin- und hergerissen zwischen dem was Schröder in der letzten aussenpolitischen Debatte als eine Politik des Udenkens in einer sich verändernden Welt bezeichnete und dem Beharrungsvermögen jener vielen in der CDU/CSU, die sich neuen Erkenntnissen verschliessen, neue Gegebenheiten aus ihrem Weltbild einfach verbannen. Dies gab es noch nicht in der Geschichte dieser Partei. Einstmals schwamm sie mit dem Strom der Zeit, wurde von ihm zur beherrschenden Stellung getragen. Das gab ihr Kraft, Zuversicht und Aggressivität. Heute findet sie sich im weltpolitischen Wandel der Szenerie nicht mehr zurecht. Wird Gerhard Schröder, Zielobjekt der innerparteilichen Fronde, Opfer dieser Unsicherheit und des Mißbehagens sein? Auch seine Kunst des Jonglierens hat Grenzen.

Innerdeutsche Familienzusammenführung

Aufschlußreiche Zahlenangaben

Von Edmund Schreiber

Die Vereinbarung über die Passierscheinaktion, die über 1,2 Millionen Menschen aus Westberlin den Besuch von Verwandten hinter der Mauer ermöglichte, wirkt auch heute noch nach. Die psychologische Nachwirkung, die nicht zuletzt ihren Ausdruck im Bewußtsein eines neu hergestellten Familienzusammenhalts findet, ist gleichzeitig mit der Hoffnung verbunden, daß es Pankow nicht bei dieser einen humanitären Geste bleiben lassen werde.

Die Nachklänge, die die Wiedersehensfreude in zahllosen Berliner Familien in beiden Teilen der Stadt zur Folge hat, ließen darüber hinwegsehen, daß die Ostberliner und sowjetzonalen Behörden in den letzten Monaten auch auf dem Sektor der legalen Umsiedlung nach Westberlin eine mildere Hand walten ließen.

200 Menschen durften 1963 nach dem Westen

Wer die Zahlen der legalen Umsiedler aus dem kommunistischen Machtbereich nach Westberlin in den Jahren 1962 und 1963 vergleicht, muß erkennen, daß sich bei den östlichen Behörden eine zunehmende Bereitschaft zeigt, die Zusammenführung getrennter Familien zu erleichtern. Während 1962 nur 3 229 Personen die Erlaubnis zur Übersiedlung nach Westberlin erhielten, waren es 1963 immerhin schon 11 213 Frauen, Männer und Jugendliche, denen man den Weg zu ihren Familien nach Westberlin freigab.

Kennzeichnend für diese Entwicklung ist die Tatsache, daß die legalen Übersiedlungen im zweiten Halbjahr mit 6 156 um das Doppelte höher lagen als in der zweiten Hälfte des Jahres 1962, in der die Zahl der legalen Zuzüge aus dem Osten in Westberlin 3 003 betrug. Auch gegenüber den ersten sechs Monaten 1963 ist im zweiten Halbjahr 1963 ein Ansteigen der Zahl zu verzeichnen, da man immerhin rund 1 000 Personen mehr die Übersiedlung erlaubte.

Die zunehmende Bereitschaft östlicher Dienststellen zur Familienzusammenführung zeigt sich auch darin, daß in erster Halbjahr 1963 nur in einem Monat, nämlich in April, die Zahl der zugelassenen Umzüge nach dem Westen über 1000 lag, während in der zweiten Jahreshälfte immerhin vier Monate registriert werden konnten, in denen über 1000 Menschen, in zwei Monaten sogar über 1 100, nach Westberlin gehen durften.

Alte Menschen und Frauen haben bessere Chancen

Eine Analyse der Entwicklung der von Pankow gebilligten legalen Übersiedlung läßt erkennen, daß in erster Linie Frauen und Personen im Alter von über 60 Jahren, deren Arbeitseinsatz nicht mehr möglich oder zumindest fraglich ist, die Erlaubnis erhalten. Ostberlin oder die Zone zu verlassen, von den rund 11 200 Menschen, die durch die Mauer nach Westberlin passieren durften, entfielen etwa 8 700, d.h. 77,5 Prozent auf Frauen, während die Männer mit etwa 2 500 nur 22,5 Prozent ausmachten.

Ohne Zweifel spielt in der östlichen Praxis der Aussiedlungsgenehmigungen die Überlegung eine große Rolle, vor allem jenen Antragstellern, die Ausreiseerlaubnis zu geben, die Rentenernpfänger sind und damit der Staatskasse zur Last fallen.

Unter 60 Jahren nur in Ausnahmefällen

Es muß als eine bedauerliche Tatsache verzeichnet werden, daß Ostberliner und Zonenbewohner, die noch nicht das 60. Lebensjahr erreicht haben oder aus anderen Gründen arbeitsunfähig sind, nur eine geringe Chance haben, die Ausreiseerlaubnis zu erhalten. Der Prozentsatz derjenigen Personen, die auch bei Zugehörigkeit zu jüngeren Geburtsjahrgängen nach dem Westen übersiedeln dürfen, hat sich im Jahr 1963 nur unwesentlich erhöht.

Nur 6,9 Prozent aller legalen Übersiedler waren jünger als 60. Lediglich 779 Personen waren unter den rund 11 200 legalen Übersiedlern, die das 60. Lebensjahr noch nicht erreicht hatten. In der zweiten Hälfte des Jahres 1962 betrug diese Zahl 6,4 Prozent, so daß die Steigerung im Jahre 1963 kaum ins Gewicht fällt. Wenn der Prozentanteil der legalen Übersiedler in den ersten sechs Monaten des Jahres 1962 bei 37,6 Prozent lag, so hat das seinen Grund allein darin, daß die SED Anfang 1962 durch entsprechende Genehmigungen zur Übersiedlung ausschließlich kommunistische Ostberliner Familien begünstigte, deren Zusammenführung in Westberlin eine Verstärkung des kommunistischen Einflusses in Westberlin versprach.

Ausnahmefälle?

Wenn die Durchschnittszahl derjenigen, die unter 60 Jahren übersiedeln durften im Jahresdurchschnitt 1963 bei 6,9 Prozent lag, so darf nicht übersehen werden, daß im ersten Halbjahr 1963 die Zahl mit 7,6 Prozent nicht unbedeutend höher als in der zweiten Hälfte 1963 lag, in der sie nur 6,4 Prozent betrug, also praktisch auf die durchschnittliche Prozentzahl des zweiten Halbjahres 1962 zurückgefallen war.

Immerhin soll nicht unerwähnt bleiben, daß im Dezember 1963 10,2 Prozent der legalen Übersiedler jünger als 60 Jahre waren. Für die Beurteilung dieser "Geste" Pankows ist es nicht ohne Bedeutung, ob dieser Prozentsatz wiederum nur ein Ausnahmefall bleibt oder ob man jetzt bereit ist, auch jüngeren Personen in größerem Ausmaß die Übersiedlung nach dem Westen zu genehmigen. Es kann nicht verkannt werden, daß in den letzten Monaten des Jahres 1963 einer größeren Zahl jüngerer Frauen die Zusammenführung mit dem im Westen lebenden Ehemann ermöglicht wurde. Auch Witwen, deren Kinder in Westberlin leben, wurde die Aussiedlung genehmigt, wenn sie selbst noch nicht 60 Jahre alt waren. Was freilich an jüngeren Menschen nach dem Westen durfte, waren fast ausschließlich dauernd Arbeitsunfähige, meist TBC-Kranke oder Nervenranke, die nach ihrer Ankunft in Westberlin sofort in ein Heim oder eine Heilstätte eingewiesen werden mußten.